



Bei =



tung

des Großherzogthums Posen.

Druck und Verlag der Hof-Buchdruckerei von W. Decker & Comp. Verantwortlicher Redakteur: E. Hensel.

An die Zeitungsleser.

Beim Ablauf des 2ten Quartals bringen wir in Erinnerung, daß hiesige Leser für diese Zeitung 1 Rthlr. 7½ Sgr., auswärtige aber 1 Rthlr. 18½ Sgr. als vierteljährliche Pränumeration zu zahlen haben, wofür diese täglich erscheinende Zeitung auf allen königlichen Postämtern durch die ganze Monarchie zu haben ist. — Die Pränumeration für ein Exemplar auf Schreibpapier beträgt 15 Sgr. für das Vierteljahr mehr, als der oben angelegte Preis. — Bei Bestellungen, welche nach Anfang des laufenden Vierteljahres eingehen, ist es nicht unsere Schuld, wenn die frühern Nummern nicht nachgeliefert werden können. — Posen, den 15. Juni 1848. Die Zeitungs-Expedition von W. Decker & Comp.

Inland.

Posen, den 14. Juni. Man hat innerhalb und außerhalb des Saals der Singakademie nicht einen Augenblick die Wichtigkeit des Berendsschen Antrags verkannt: dafür spricht die beispiellos heftige Debatte, die von allen Seiten mit einer der Versammlung bisher fremden Redefertigkeit und mit großer Hitze geführt wurde, der Eifer, mit dem die Minister der Diskussion folgten und der Werth, den sie der Abstimmung beilegte, endlich die Art der Ausnahme des Resultats im Publikum und der immerhin beklagenswerthe leidenschaftliche Ausbruch des Unwillens gegen einzelne Personen. Und bei all dem kann man sich des Gefühls der Unzeitigkeit des ganzen Antrages nicht entschlagen: jetzt, nachdem er beseitigt ist, sind die Rebel nicht zerstreut, die noch vielfältig die Berliner Versammlung einhüllen; es fehlt uns selbst die Gewißheit, ob wir nicht den nun entschiedenen Streit in neuer Form angefaßt sehen werden, und dann das neue Resultat ein, dem eben gewonnenen ganz entgegengesetztes ist. Wir müssen den ganzen Vorgang aus dem Grunde beklagen, daß er nicht irgendwie gefördert, sondern gereizt hat, weil der Antrag auf Anerkennung der Märzkämpfer zum Principien-Streit wurde, das Ministerium ihn als solchen aufnahm und mit einer schwachen Majorität einen Sieg davontrug, der ihm ungelegen, weil unzeitig kommt, der es nicht kräftigt, weil die Minorität zu bedeutend war, und in dieser zumal entschiedene Anhänger des Cabinets waren, einen Sieg, der in keiner Weise entscheidend ist, weil bei dem schwankenden Gange der Discussion und der noch mehr schwankenden Auffassung derselben ein Verschwimmen der Ansichten folgte, jenes Farbenspiel der Meinungen, bei dem der Grundton kaum erkennbar bleibt. Sollte über Principien gestritten werden, so war eine würdigere Arena bei der nahe bevorstehenden Adress-Debatte: eine Debatte, welche die äußerste Linke ebenso mied, wie sie die gegenwärtige mit Gier aufnahm, obgleich sie in der Adresse doch gewiß mannigfache Gelegenheit zum Ausprechen der Grundsätze hatte, zu deren Kundgebung es sie so drängte. Nur von einem Gesichtspunkte aus bleibt der Widerstand der Linken gegen die Adresse erklärlich: sie weist eine solche in die constitutionelle Kammer, nicht in die konstituierende, und vindicirt dieser das Recht der Selbstbestimmung: sie sieht in der Thronrede eine zufällige Thatsache, eine Begrüßungsformel, zu der sie in ein Wechselverhältniß nicht treten will, um damit nicht den Boden der Anerkennung zu befeigen, und so ihrem vermeintlichen eigenen Souveränitätsrecht etwas zu vergeben. War sie aber mit der Ansicht aus dem Felde schon dadurch geschlagen, daß die Kammer mit großer Stimmenmehrheit auf die Adresse einging, so blieb sie es der Würde der Versammlung und der Achtung vor dem einmal gefaßten Beschlusse schuldig, nicht Seitenwege zur Erreichung eines Ziels zu gehen, das eigentlich für immer bereits versperrt war. Statt dessen warf sie unter dem Scheine der Anerkennung des Märzkampfes den Zankapfel der Anerkennung der Revolution in die Versammlung, mit anderen Worten, die Anerkennung des vollständigen Bruchs mit der Vergangenheit und aller daraus zu ziehenden Consequenzen, die Anerkennung eines selbst die Dynastie betreffenden Provisoriums, die Decretirung der „Revolution in ihrer Permanenz.“ Camphausen erkannte rasch, worauf hingesteuert wurde, und kam mit jenen historischen Thatsachen aus dem 17ten und 18ten Jahrhunderte, deren Incongruenz für die gegenwärtigen Verhältnisse er schlagend nachwies. Die Opposition nahm den nun in ihrer Nacktheit dastehenden Principienstreit auf, und dieser schwere zweitägige Kampf endete mit ihrer Niederlage. Nochmals also behaupten wir, der Kampf war unzeitig und unfruchtbar; unzeitig, weil er durchaus der Adressdebatte überlassen bleiben mußte; für die Linke unbedingt gefährlich, da sie geschlagen ist, für die Rechte und das Centrum ohne eigentlichen Vortheil, weil der Erfolg, obgleich formell ein Sieg, einer Niederlage ähnlicher scheint, für die ganze Kammer eher meinungsverwirrend, als klärend. Bleiben so die Parteien eigentlich unbefriedigt, so nehmen wir aus der Debatte das, was wir zu nehmen gewiß berechtigt sind: die Anerkennung der Integrität der Dynastie, und gerade darum, weil wir die freieste Verfassung wünschen und sie hergestellt sehen, wenn die Versammlung mit Würde und Kraft ihre Aufgabe verfolgt, gerade darum bestehen wir ebenso entschieden auf jener Integrität, da uns andererseits durchaus eine wesentliche Stütze, der Schlüsselstein des stolzen Baues fehlen würde, den wir aus der Volkessouveränität aufbauen wollen.

† Posen, den 13. Juni. Die „Gazeta polska“ wimmelt seit einiger Zeit von Mittheilungen über die „Brutalität“ des Preussischen Militärs, denen sie bisweilen durch Angabe von Einzelheiten so sehr den Schein der Wahrheit zu geben versteht, daß mancher, der ihre Glaubwürdigkeit nicht aus eigener Erfahrung zu beurtheilen Gelegenheit gehabt hat, die Preussischen Soldaten für halbe, oder was der Gazeta polska noch lieber wäre, für ganze Menschenfresser halten muß. Wir haben schon öfter Gelegenheit genommen, unsern Lesern Proben von der Zuverlässigkeit dieses Blattes zu geben, und wenn wir dies nicht noch öfter thun, so geschieht es allein darum, weil es uns anwidert, auf all die falschen Nachrichten, die unreifen Raisonnements u. s. w., wie sie die Gazeta polska fast tagtäglich bringt, zu antworten; dann aber auch, weil das Erfundene, Gemachte, Entstellte und Seichte in solchen Artikeln zu sehr in die Augen springt, als daß sich der unbefangene Leser nicht selbst sollte ein Urtheil darüber bilden können. Wir werden daher von jetzt an die Artikel der Gazeta polska nur in seltenen Fällen einer Beantwortung würdigen, so wie wir auch ihrer würdigen Schwester, der Berliner Zeitungshalle, erklärt haben, daß wir mit der Berichtigung ihrer Lügenartikel nicht mehr Zeit und Papier verschwenden werden. Für heute aber können wir unsern Lesern ein eclatantes Beispiel von dem Erfindungstalent der Gazeta polska nicht vorenthalten. Sie läßt sich nämlich in No. 61. unterm 13. Mai von einem „Reisenden“ aus dem Städtchen Mieszkow die Verhaftungsgeschichte eines Lehrers, nebst einiger andern Bewohner durch die Schlesiische Landwehr bis ins kleinste Detail beschreiben. Daß es dabei ohne Schimpfen, Schlagen, Anspucken u. dergl. nicht abgeht, können wir der Gazeta polska schon zutrauen, denn das ist ihr ewiger Refrain, der auch bei der Mittheilung der geringfügigsten Begebenheit nicht fehlen darf. Und daß sich dies wirklich also begeben, bezeugt der „Reisende“, der es selber mit angesehen, bezeugt die ganze Stadt, die dabei auf den Beinen gewesen, bezeugt die Gazeta polska, die mit dieser Lüge eine ganze Spalte ihres Blattes füllt. — Und nun lesen wir in No. 135 der Breslauer Zeitung über diesen schaudervollen Fall folgende Mittheilung: „Die Gazeta polska. Wir hatten bis heute geglaubt, daß nur Posener Korrespondenten in der Berliner Zeitungshalle das Privilegium haben, die Deutschen in der Provinz Posen zu schmähen, durch Entstellung von Thatsachen das Militär herabzuwürdigen, die Beamten durch Beschuldigung reaktionärer Tendenzen zu verdächtigen, und durch Weglegnung von Excessen eine gewisse Partei als Ideal der Anschuldung darzustellen. Wenn diese Ränke unbekannt waren, oder wer Idiot genug war, glaubte, und somit sind die Deutschen der Provinz in den Augen des übrigen Deutschlands eine Parthei geworden — die nur am Denunziren u. sich behagt, und deren größte Freude eine Despotie wäre. Heute indeß haben wir gefunden, („wir Posener sind darüber schon längst außer Zweifel!“) daß auch die Gazeta polska Lügen verbreiten kann, denn in dem Artikel über die hiesigen Vorfälle in Nr. 61 sind Sachen enthalten, die jede Wahrheit vermissen. — Hätte der reisende Korrespondent sein litterarisches Produkt besser durchdacht, er würde weniger Widersprüche gemacht haben, und er hätte somit mehr den Schein für sich, daß es Wahrheit berichtete, indeß wollen wir ihm verzeihen, eingedenk des Sprüchwortes, „Aller Anfang ist schwer,“ aber daraus machen wir ihm einen Vorwurf, daß er, um nicht aus seiner Anonymität gerissen zu werden, sich in einen Reisemantel hüllt, während wir alle doch wissen, daß der verehrte Reisende ein Bewohner unseres Städtchens ist. — Alle über die hiesigen Vorfälle berichteten Thatsachen bedürfen der Bestätigung, außer der einen, daß ein mehrfach bestraffter Dieb, der sogar bei Miloslaw todt Preußen geplündert hat, und eben bei seiner Verhaftung noch ein Paar geraubte Soldatenhosen trug, geschlagen worden ist. — Wir überlassen nun dem unparteiischen Leser, ein

Urtheil über die Glaubwürdigkeit der Korrespondenten der Gazeta polska zu fällen.
— Mieszkow in der Provinz Posen, den 9. Juni 1848.

S. Alexander. Kraft. Feist. Kuzner. Zelfe.
Rex, evangel. Lehrer.

Mich auf den vorstehenden Artikel beziehend, antwortete ich jenem Korrespondenten der Gazeta polska, daß ich bereits Schritte gethan habe, ihn von seiner Anonymität zu befreien und das Resultat der bereits angestrebten Untersuchung später veröffentlichen werde. Vorläufig weise ich die Beschuldigungen, obgleich ich keine Ursache dazu habe, zurück, frage aber, ob diejenigen noch mit dem allgemeinen Ehrenzeichen geschmückt werden sollen, die Behörden absetzen, Posten erbrehen, Preussische Wappen vernichten, Amtsbriefe erbrehen, die Preussischen Nationalfarben schmäheln, ihrem Amte untreu werden, Senfsmänner anführen, Gelderpresungen sich erlauben und bei einer Insurrektion ein Amt angenommen haben. — Es sind dies Thatfachen, die der Pseudo-Korrespondent unberücksichtigt gelassen hat und doch ist er so naiv, so unparteiisch, daß man glauben möchte, er sei so rein, wie die Sonne, — doch ich weiß ja, was heut zu Tage der Ausdruck „Heuchler“ bedeutet.

Neustadt a. d. W., den 9. Juni 1848.

Rufke.

No. 65 der Gazeta polska bringt nachstehende Anzeige: „Die letzten politischen Ereignisse haben die Polen dieser Gegend bewogen, unter einander das Uebereinkommen zu treffen, daß von jetzt an jeder nur Polnische Handwerker annehmen wird. Polnische Handwerker, und besonders Schneider und Schuhmacher, die in ihrem Fache tüchtig sind, können sich also in Kobylin oder Jutroschin niederlassen, und können bei mäßigen Preisen einen dauernden Unterhalt haben.“

Baschkow, den 5. Juni 1848.

Die Dominiäl-Beamten.

Die Gazeta polska druckte neulich einen erdichteten Artikel ähnlichen Inhalts mit Niesenlettern, um dadurch die Intoleranz der Deutschen recht augenfällig zu machen; was sagt sie nun zu dieser Annonce? — „Wer sich ohne Sünde weiß, der hebe den ersten Stein auf;“ diesen weisen Spruch wolle die Gazeta polska doch recht sehr beherzigen!

§§ Posen, den 14. Juni. Während im Hinblick auf manche Städte unseres Vaterlandes man sich in der That fast versucht fühlen möchte, das Heilbringende unserer Errungenschaften noch in Frage zu stellen, während in Berlin der gesunde Sinn der Bürger kaum im Stande zu sein scheint, die anarchischen und Endziele der Reaction in die Hände arbeitenden Bestrebungen Einzelner niederzuhalten, während eine ähnliche Richtung Breslau seinem materiellen Ruin entgegenführt, — während eben dieser schweren Zeit blickt unsere Stadt mit verzweifelnder Fassung in die Zukunft, und der beschränkteste Geist muß anerkennen, daß die fieberischen Zuckungen des Weltgeistes ein entsprechendes Gegenwicht bei uns finden. Der Grund dieser, allerdings nur verhältnißmäßig, beneidenswerthen Lage liegt nicht ferne, es ist das stolze Bewußtsein unserer jetzt gesicherten Nationalität, es kümmert uns wenig, ob gewisse Elemente in Berlin, in Frankfurt a. M. diese Eigenschaft bestreiten wollen; wir sind überzeugt, wie die Frage entschieden werden wird; aber bei Gott! wir vertrauen auf die Kraft unserer Arme, und Europa würde, in dem schlimmsten, übrigens undenkbar Falle, sehen, daß nur mit unserem Leben Posen aufhören würde, eine deutsche Stadt und die sichere Warte der Ostgrenze zu sein. Handel und Gewerbe, diese Triebfeder der materiellen Jetztzeit, liegen allerdings auch bei uns darnieder; sie werden sich indeß früher als an vielen andern Orten wieder heben, eben weil wir einig sind. Wir haben auch arme Leute; unsere Arbeiter liegen ebenfalls nicht auf Posen, bei uns findet sich aber kein Proletariat in dem Sinne, wie man jetzt stellenweise diejenige Kategorie von Menschen zu nennen beliebt, deren Rechtsansichten rückfichtlich fremden Vermögens einigermaßen mangelhaft sind. Einen deutlichen Beweis, welcher richtigen Takt auch unsere Mitbürger geringerer Lebensstellung hegen, lieferte eine der letzten Volksversammlungen. Sie war unter Andern von einer großen Anzahl armer Handwerker und Arbeiter besucht, — wie denn überhaupt namentlich diese in sehr anerkennungsvoller Weise dem öffentlichen Leben sich widmen, — und Jemand stellte den Antrag: daß man dahin wirken solle, die Gewerbesteuer möge auf 2 Jahre erlassen werden. Keiner sprach dafür, nur wenige Worte richteten sich gegen den Antrag, und die Abstimmung zeigte auch nicht eine erhobene Hand, wohl aber manche zum Lächeln verzogene Miene. Indem wir mit der frohen Ueberzeugung schließen, daß bei uns der Besitzende stets den Armen unterstützen, daß aber der letztere, als Masse betrachtet, nie Eingriffe in fremde Vermögensrechte begehen wird, können wir nicht umhin, des heilsamen Wirkens der hiesigen Bürgerwehr zu gedenken. Auch in ihr herrscht durchgehends die schönste Eintracht, wodurch natürlich einzelne gegenseitig bildende Meinungsverschiedenheiten nicht ausgeschlossen werden; die Führer sind sich stets bewußt, daß sie der Wehrmänner und nicht die Wehrmänner ihretwegen da sind, während dagegen die letzteren wiederum durch ihr ganzes Verfahren und namentlich durch den unbedingten Gehorsam während des Dienstes, die feste Ueberzeugung bethätigen, daß sie zwar nicht Soldaten, wohl aber militärisch organisiert sind und sein müssen. Die Bürgerwehr wirkt besonders während des jetzigen Wollmarktes höchst wohlthätig, indem sie, nach der Natur der Sache, mehr als das Militair befähigt ist, zunächst durch ihre moralische Kraft und im Wege der Güte die Ordnung aufrecht zu erhalten. Nach einigem Sträuben hat sich der Magistrat bereit finden lassen, seinen Sitzungsaal zum Lokal der Hauptwache herzugeben, die Bürgerwehr scheint hierauf namentlich um deshalb Geivicht gelegt zu haben, weil dieselben Räume früher dem weiland polnischen National-Comité überlassen waren, und so sitzt denn jetzt an dem Orte, wo vor nicht langer Zeit die polnische Republik decretirt wurde, der schlichte deutsche Wehrmann, eben so gewissenhaft im Dienst, wie gemüthlich und kameradschaftlich in seinen Freistunden. Danken wir es dem Wehrmann, wenn er, gerade während des Wollmarktes sein eigenes Geschäft hintansetzend, für die Ruhe und Sicherheit des allgemeinen Verkehrs wacht, zumal wir nicht genug des Corps strenge Mannszucht und Pünktlichkeit rühmen können. Zum Schlusse noch, daß die Wehrleute jetzt in gewisser Beziehung uniformirt sind; sie tragen eine grüne Tuchmütze mit den deutschen, den preussischen Farben und dem Stadtwappen. Wenn dies nun eine Uniformirung ist, so dürfte es sich wohl von selbst verstehen, daß jeder Wehrmann, aber auch nur ein solcher, sich im Besitz einer derartigen Mütze befinden muß.

** Posen, den 14. Juni. (Die Wunder der Rechenkunst.) Wir haben heute unsern Lesern eine höchst interessante Neuigkeit mitzutheilen: Im ganzen Großherzogthum Posen leben nach der neuesten Zählung nur 200,000 deutsche Einwohner! — Ganz gewiß! Der Herr Erzbischof von Posen und Gnesen hat's ausgerechnet und darum unterliegt's keinem Zweifel. Er rechnet nämlich in seinem Protestbriefe an den Minister Auerwald also (s. Gaz. p. No. 66.): „Die Bevölkerung des Großherzogthums Posen beträgt ungefähr 1,200,000 Seelen; unter diesen sind 800,000 Polen — die Zahl der Katholiken beträgt 900,000, die Rubrikellen für das Jahr 1848 weilen 834,000 katholische Kommunikanten aus. Es bleiben sonach 300,000 deutsche Nichtkatholiken und Juden. Wenn wir davon den zahlreichen Schwarm der Beamten, der Angehörigen und des Gefolges derselben abziehen (denn der kann nicht zu den Einwohnern gezählt werden), so bleiben nicht viel über 200,000 deutsche Einwohner. . . . Die Zahl der eifrigen Parteimänner unter den Deutschen beträgt allerhöchstens 100,000 und besteht zum größern Theil aus später Eingewanderten und Juden.“ — Nun das nennt man doch noch einmal ein Rechenexempel! nur gehört ein seltener Scharf sinn dazu, es zu erfinden, und eine noch seltener Kühnheit mit seiner Namensunterschrift damit vor die Deffentlichkeit zu treten.

Unter den etwa 1,200,000 Einwohnern des Großherzogthums Posen, sagt der Herr Erzbischof, sind 800,000 Polen; und der Beweis dafür? — Der Herr Erzbischof bestreitet die Richtigkeit der nach amtlichen Zählungen veröffentlichten Seelenlisten; wodurch beweist er die Richtigkeit der seinigen? Durch Nichts. Denn seine Rubrikellen, selbst wenn sie richtig wären, geben doch nur die Zahl der Katholiken an, gleichviel ob diese Polen oder Deutsche sind. Dem Herrn Erzbischof freilich ist Polnisch und Katholisch eins; denn im weitern Verfolge seines Exempels werden die katholischen Deutschen immer mit zu den Polen gezählt. Referent ist selber Katholik, muß aber entschieden dagegen protestiren, daß man ihn deshalb zu den Polen zähle. — Wir erlauben uns an das obige Rechenexempel nebst den ihm zu Grunde liegenden Voraussetzungen einen Vorschlag zur Güte anzuknüpfen; er lautet: Da nun einmal Katholik und Pole identisch ist; da ferner ein Drittel der gesammten Einwohnerzahl des preussischen Staates Katholiken sind; ergo gehört der dritte Theil von Preußen zu Polen; quod erat demonstrandum!

Also es bleiben im Großherzogthum nur 300,000 Deutsche und Juden. Davon geht der Schwarm von Beamten u. s. w. ab (nach jener Berechnung 100,000 an der Zahl!); denn die können nicht zu den Einwohnern gerechnet werden. Wie? und der Schwarm der Geistlichen nebst ihren Angehörigen und ihrem Gefolge, gehören denn die unter dieser Voraussetzung zu den Einwohnern? Wem ist nicht bekannt, daß nicht wenige unter ihnen aus andern Provinzen stammen, daß u. a. gegen das Ende der zwanziger Jahre aus allen katholischen Gymnasien der Nachbarprovinzen Tertianer und Secundaner in die Posener Seminare, wie in ein Ayl, zusammenströmten, die nun längst würdige Pfarrer sind; die gehörten also zu den Einwohnern, während die übrigen Beamten auszuschließen wären? Und die doch auch nicht so ganz geringe Zahl der katholischen Beamten incl. Lehrer an höhern und niederen Schulen u. s. w., warum werden denn die nicht auch von den Einwohnern ausgeschlossen? Und die Katholiken, die erst vor kurzer Zeit nach dem Großherzogthum gezogen sind, sich hier aber als eifrige Polen geriren, die Deutschen, ihre Landsleute, anschwärzen u. dergl., warum werden die in obiger Rechnung mit aufgeführt? —

Unter diesen nun noch übrigen 200,000 des Großherzogthums giebt es nach der Angabe des Herrn Erzbischofs über die Hälfte Indifferente, (leider kennen wir auch mehre dieser sauberen Deutschen!) und es bleiben allerhöchstens 100,000 eifrige Deutsche und Juden. Die Zahl der Juden beträgt aber im Großherzogthum bekanntlich über 77,000*); also sind es nach richtiger Berechnung eigentlich nur die Juden (denn die Paar Christen kommen dabei kaum in Betracht), die den Anschluß eines Theils von Posen an Deutschland bewirkt haben!

Ferner: Der Herr Erzbischof legt seinem Briefe an den Minister 4 voll. Proteste gegen dies unbillige Verfahren (den Anschluß Posens an Deutschland) bei. Diese enthalten „die Unterschriften von 60,333 Familienvätern, die in den willkürlich abgerissenen Theilen wohnhaft sind,“ mit dem Zusatz: „die Zahl der Proteste würde noch bei weitem größer sein, wenn die Behörden und Beamten, besonders im Bromberger Departement das Sammeln nicht mit Gewalt verhindert hätten.“ (Beweise?) Die Gaz. p. setzt dazu: „später wurden dem Minister noch 60,000 Unterschriften überreicht.“ „Aus dem Inowraclawer Kreise,“ fährt der Herr Erzbischof fort, „liegen 31,922 Unterschriften bei. Die Stadt Posen hat ebenfalls schon einige Tausend (nach der Gaz. p. No. 56. 3580 Unterschriften) besonders eingereicht —“ macht in Summa 155,835 Unterschriften von polnischen Urwählern, wenn wir auch unberücksichtigt lassen wollen, daß der Herr Erzbischof eigentlich von Familienvätern spricht. Nehmen wir nun an, daß die Zahl der Urwähler sich zu der Einwohnerzahl verhält, wie 1:5, so setzen diese 155,835 Urwähler eine Anzahl von 779,175 Einwohnern voraus, und diese wohnen, nach des Herrn Erzbischofs Aussage, alle in den „willkürlich abgerissenen Theilen.“ Diese Zahl würde aber noch „bei Weitem größer“ sein, sagt der Herr Erzbischof, und die Gaz. p. bestätigt dies, für die Stadt Posen, wenn nicht die Behörden und Beamten das Sammeln der Unterschriften mit Gewalt verhindert hätten, wir können also diese Zahl, um das durch die Schuld der Deutschen fehlende Quantum zu ergänzen, auf 800,000 abrunden. So viel beträgt aber kaum die Gesammtbevölkerung dieser Theile, die Evangelischen, Juden, Griechen mit eingerechnet, und doch sagen die Polen, daß die deutschen Einwohner „in den Grenzkreisen zusammengedrängt wohnen“; wie reimt sich das zusammen?! — Oder wohnen die 200,000 Deutschen nun vielleicht auf einmal in den nicht abgerissenen Theilen des Großherzogthums? Man kann nicht wissen, ob die Gaz. p. nicht auch dies noch beweist, wenn's ihrer Sache nützt! —

* Posen, den 14. Juni. Die Ansprache vom provisorischen Central-Comité des großen Slavischen Vorparlaments in Prag, dd. 27. Mai, wurde am 7. Juni in der 13. Sitzung an die Mitglieder der Deutschen konstituierenden National-Versammlung zu Frankfurt vertheilt.

Wir lassen dieses merkwürdige Dokument, welches eine vollständige Darlegung des Systems des Pan-Slavismus und das Programm der Oesterreichischen

*) Nach der Zählung von 1846 waren in der Provinz vorhanden 416,000 Evangelische, 866,000 Katholiken, 81,000 Juden.

Slaven hinsichtlich ihrer inneren und äußeren Politik enthält, hier ausführlich folgen:

In dem Augenblicke, wo in Wien eine neue Revolution und in Prag eine provisorische Regierung ins Leben trat, versammelte sich das große slavische Vorparlament in Prag. Die Section der Mähren und Böhmen beträgt über 200 Mitglieder, Präsident ist Szafarh; die Section der Illyrier, Serben und Slowaken 50 Mitglieder, Präsident ist Stanowicz; die Polnische ruthenische, und Oesterreich-Schlesi 49 Mitglieder, Präsident ist Liebelt. Zum Vorsitzenden des Parlaments ist Palacki ernannt. Eine große Verbrüderung und allgemeine Begeisterung war der erste Ausdruck der Vereinigung, die Thränen flossen, wie bei Brüdern, die nach einer langen Trennung sich wiedersehen, und der Slaverei entronnen sich zuerst in die Arme sinken. Die Reden bei der Eröffnung gaben diesem Gefühl nur Worte. Die Slaven in ganz Europa sind erwacht, der heilige Odem der Revolution belebt nun diese Völker zu einer gewaltigen Bewegung. Diese Slaven sind also mit einer provisorischen Regierung versehen und haben ein Parlament, welches von dem großen Gefühl der Europäischen Befreiung durchdrungen ist. Es ist von hohem Interesse, alle Mitglieder der Deutschen Nationalversammlung auf diese Erhebung der Slaven aufmerksam zu machen, und das Gefühl der Sympathie für unsre lang unterjochten Brüder in dem Augenblick, wo sie sich befreien, auszusprechen.

Vorlagen für die Versammlung aller Oesterreichischen Slaven in Prag. Fast alle Europäische Staaten unterliegen seit wenigen Wochen einer gänzlichen Umgestaltung. Ueberall handelt es sich um Entfernung lang bestandener Willkürherrschaft, um eine größere Betheiligung des Volks an der Regierung und um die staatliche Geltendmachung der unterdrückten Nationalitäten. Wir Slaven in Oesterreich haben diese Bahn nicht erst in Folge auswärtiger Ereignisse betreten; das Streben nach konstitutioneller Freiheit und nationeller Entwicklung ist bei uns wie bei so manchen andern Völkern ein historisch-selbstständiges, wenn wir auch nicht läugnen können, daß die Ereignisse, die sich in neuester Zeit in Italien, Frankreich und Deutschland zugetragen, auf uns mächtig rückgewirkt und die Entscheidung unserer eigenen Angelegenheit um Vieles beschleunigt haben. Auch bei uns hat sich ein Sturz des alten Regimentsgebäudes ergeben, und es handelt sich nicht etwa bloß um eine stückweise Ausbesserung, sondern um einen neuen Aufbau, wozu jedoch das alte Material mit Vortheil benützt werden kann. In so wildbewegten Zeiten, wo es außen wie innen stürmt, und die Anarchie mit jeder Stunde näher rückt, reichen die Kräfte keiner der auf einen Trümmerhaufen gestellten Regierungen zu, das große und schwierige Werk der neuen Ordnung allein zu vollbringen. Die Pflicht der Selbsterhaltung gebietet es den Völkern, das Ihrige mit hinzu zu thun zur Wiederherstellung der Ordnung und zur Wahrung der kaum errungenen Freiheit. Bei weitem dringender aber als in allen Europäischen Staaten werden die Völker Oesterreichs an die Erfüllung dieser Bürgerpflicht durch den schon begonnenen Zerfall der Monarchie gemahnt. Retten wir, was noch zu retten ist, auf daß wir nicht in kleine und schwache Theile aufgelöst, der Raub fremder Eindringlinge werden, gleichviel ob sie von Osten, ob von Westen kommen. Als der sicherste Rettungsanker für uns selbst, als das festeste Bindungsmittel für die neuzugestaltende Monarchie erscheint uns die Stammverwandtschaft der Slavischen Völker Oesterreichs. Durch Abstammung, Sprache, Charakter, Sitten und Gebräuche, ja selbst durch etne gemeinsame oder doch eng verzweigte Geschichte stehen wir uns unter allen Völkern Oesterreichs am nächsten, und fühlen für einander eine brüderliche Theilnahme, welche durch uns gemeinschaftliche Volksinteressen eine wahrhaft staatliche Bedeutung erhält. Ermuthigt durch dies innige Gefühl brüderlicher Theilnahme für einander und gestützt auf die Ueberzeugung, daß wir die uns gemeinschaftlichen Interessen auch am erfolgreichsten durch eine gemeinschaftliche Vertretung derselben zu fördern vermögen, haben wir es unternommen, Euch Alle, Brüder, zur Abhaltung eines Völkertages nach Prag einzuladen. Brüder! Ihr habt diesem redlich gemeinten Rufe entsprochen, und sonach ist es erwiesen, daß wir Alle das Bedürfnis, gemeinschaftlich zu handeln, fühlen und daher auch bereit sind, uns über das, was wir jetzt gemeinschaftlich unternehmen sollen, zu verständigen. Wir glauben, daß es uns als Jenen, die Euch vertrauensvoll geladen, zugleich geboten sei, die Berathungen einzuleiten, und jene Gegenstände näher zu bezeichnen, welche als die dringendsten ohne Verzug zur Besprechung gelangen sollen. Uebrigens ist dies ein Recht des Vorschlagens, das jedem von uns zusteht, und wir sind überzeugt, daß Keiner von Euch in diesem unsern Schritt irgend eine Schmäherung des uns allen gemeinsamen Rechtes erblicken wird.

I. Von der Bedeutung der Slaven in der Oesterreichischen Monarchie und ihrer Stellung zu einander. In so ganz außerordentlicher Zeit, wo ein Theil der Monarchie, das Lombardisch-Venetianische Königreich, abgefallen, wo Se. Maj. der Kaiser aus seiner Haupt- und Residenzstadt zu fliehen sich bewogen gefunden, und zwischen den Südslaven und Magyaren ein furchtbarer Volkskrieg dem Ausbruche nahe ist, der höchst wahrscheinlich ganz Ungarn ergreifen wird, in solcher Zeit dürfen wir Slaven Oesterreichs nimmermehr bloß vereinzelt Zuschauer von Begebenheiten bleiben, welche nicht allein die Integrität, sondern überhaupt die Existenz der Monarchie in Frage stellen und am Ende uns selbst in den Abgrund der Vernichtung hinabreißen müssen, wenn wir dagegen nicht außerordentliche, zeitgemäße Vorkehrungen treffen. Haben die Minister zu Wien der Person des Monarchen so geringes Vertrauen eingefloßt, daß Se. Majestät der Kaiser sich mit ihnen über seine schleunige Abreise von Wien nicht einmal berathen, wie sollten wir Slavische Völker in sie ein größeres Vertrauen setzen? Wissen wir doch, daß sie eine exklusive Deutsche Gesinnung hegen, und dem Eingusse der zu Wien herrschenden, nicht bloß revolutionären, sondern zugleich auch entschieden slavischen Bewegungspartei unterliegen. Es ist überhaupt zu bezweifeln, ob jetzt dieses oder ein anderes Ministerium die Monarchie zu retten vermöge. Die Rettung liegt allein in einem innigen Anschlusse der Völker an einander. Wenn es die Völker nicht selbst erkennen, daß ihre staatliche Existenz wie ihre konstitutionelle Freiheit nur dann gewahrt sein können, wenn sie sich alle zu einem Oesterreichischen Bundesstaate vereinen, so giebt es keine menschliche Macht, die sie jetzt hierzu zu zwingen vermöge. An dieses gemeinschaftliche Interesse der Völker Oesterreichs appelliren wir daher, wenn wir insbesondere den Slavischen Völkern der Monarchie vorschlagen: in einen Volksbund zu treten, unter sich ein gemeinschaftliches Schutz- und Trugbündnis abzuschließen, und die Oesterreichische Monarchie als Bundesstaat wieder stark zu machen. Wir garantiren einander wechselseitig die uns von Se. Maj.

verliehene konstitutionelle Freiheit, die Heilhaltung unserer Nationalitäten, und verpflichten uns in Folge dessen zu gegenseitiger Hülfsleistung, wenn eines der Bundesglieder in seiner konstitutionellen Freiheit oder nationalen Unabhängigkeit bedroht ist, gleichviel ob diese Gefahr von außen oder innen komme. Durch dieses Schutz- und Trugbündnis, welches die größere Hälfte der Oesterreichischen Monarchie umfaßt, erhält zugleich die Souveränität und Integrität der Monarchie eine neue Garantie, und der freie Bund der Slavischen Völker Oesterreichs sichert der Kaiserkrone selbst dann noch einen hohen Glanz, wenn auch ein Theil der Monarchie verloren gehen müßte. Nicht minder liegt nur in der Verständigung über jene Bedingungen, unter denen fortan die Völker Oesterreichs einem und demselben Bundesstaate angehören wollen, das einzige Auskunftsmittel zur Ausgleichung der nationalen Gegensätze der Monarchie zur Vorbeugung von Bürgerkriegen und anarchischen Zuständen. Ja sollte dessenungeachtet der innere Friede nicht zu erhalten sein, so steht wenigstens zu erwarten, daß die Kräfte jener Völker, welche dem Bunde beigetreten, hinreichen werden, um bei sich selbst Ordnung zu erhalten und fremden Anfall abzuwehren. Sonach stellen wir die erste Frage: Seid Ihr Brüder für den Abschluß eines slavischen Schutz- und Trugbündnisses, und unter welchen Modalitäten?
(Schluß folgt.)

Versammlung zur Vereinbarung der preussischen Staatsverfassung.

Dreizehnte Sitzung, vom 8. Juni.

Hr. Müller (Wohlau) erklärte sich, nach vielen Umschweifen, für das Schulz'sche Amendement. Hr. Schulz (Wanzleben), schilderte zunächst in feuriger Rede, wie es ein schönes Vorrecht der Hauptstädte sei, daß sie den Freiheitskampf zu beginnen haben. Der Märzkampf Berlins, ein solcher hochherziger Kampf, sei von den Provinzen in seiner ganzen Bedeutung gewürdigt und empfunden worden; dafür zeugen: der für die Todten gehaltene Trauergottesdienst und die deren bedürftigen Hinterbliebenen und den Verwundeten gespendeten reichlichen Beiträge. Der Antrag sei daher gerechtfertigt und finde seines Gleichen nicht — wie ein Redner behauptet, aber den Beweis dafür schuldig bleiben werde — in der Zeit der Französischen und Englischen Revolution, sondern er finde sich zu der Zeit, da die Freiheit noch eine Wahrheit gewesen, in der Römischen Republik. Uns allen geizeme es, für die Freiheit in Waffen zu stehen und zu sterben. Die Versammlung möge anerkennen, daß es viel leichter gewesen, den Kartätschen zu stehen, als den Muth zu bewahren, daß man, wenn man unterliege, als entehrter Verbrecher dastehet. Solchen Muth habe aber Berlins Volk bethätigt. Am Tage nach der Revolution sei ein constitutionell-verantwortliches Ministerium zu dem damals noch souveränen Fürsten getreten. Berlins Bevölkerung habe, mit Aufopferung ihrer eigenen materiellen Interessen, die Freiheit verfochten und das „System der Mißverständnisse“ — denn das sei das alte gewesen — gestürzt. Wenn die Versammlung daher den Antrag annehme, so mache sie dem Lande damit das schönste Pfingstgeschenk. (Beifall. — Der zweite Vicepräsident Waldeck nimmt einstweilen, da Hr. Wilde sich entfernt, den Präsidentensitz ein.)

Hr. Elsner erklärt sich gegen das Amendement, weil es die Anerkennung die den Märzhelden gezollt werden solle, eigentlich verwirfe; eine Anerkennung des Volks, ihrer Machtgeber, dürfe aber die Versammlung nicht aussprechen. Minister Hr. Schwerin: Er müsse als das einzige, hier anwesende Mitglied des Kabinetts vom 18. März die Erklärung geben, daß an diesem Tage der Arnim den Auftrag vom Könige erhalten habe, ein Kabinet auf constitutioneller Grundlage zu bilden. Arnim habe die Einführung der constitutionellen Regierungsform zur Bedingung seines Eintritts gemacht und dieser Bedingung sei auch er (Redner) bei und am 19. März in das Ministerium, unter der Voraussetzung getreten, daß er die Verantwortlichkeit übernommen habe. Hr. Reichenbach erhebt sich gegen das Amendement, weil es keinen Dank verdiene, daß 25,000 bewaffnete Bürger Ordnung erhielten. Die Anerkennung der Versammlung solle aber nur dem Mannesmuthen gelten, der den Kampf in den Straßen bestand, eine Aufopferung, für welche der Dank in die klassischen Worte gefaßt werden solle. Hr. Dierschke spricht gegen alle Amendement, aber für den Hauptantrag. Die Revolution könne als Thatfache nicht geleugnet werden. Hr. Schulze erläutert, da man ihn falsch verstanden zu haben scheine, sein Amendement gehe dahin, daß es nur eine Huldigung des Landes für die Kämpfer und das Volk von Berlin aussprechen solle.

Hr. Johann Jacobi: Der Ministerpräsident habe bereits angedeutet, daß es sich hier um eine Prinzipienfrage handle, und obwohl man den Zeitpunkt für den von seinem (Jacobi's) verehrten Freunde eingebrachten Hauptantrag, wie er es selber thue, als zu früh ansehen könne, so müsse die Versammlung, da er einmal vorliege, den Muth haben, sich bestimmt zu entscheiden. Unbestreitbar gebe es eine Partei im Lande, welche den Folgen der Revolution entgegen arbeite, und zwischen den Provinzen und der Hauptstadt Hader zu erregen bemüht sei. Um der Wahrheit und der Ruhe des Landes willen müsse die Versammlung dieser durch Anerkennung der Revolution in allen ihren Folgen entgegengetreten. Bis zum März sei die Machtvollkommenheit in den Händen der Fürsten gewesen, jetzt habe es sich gezeigt, daß keine Macht der Erde dem einmüthigen Willen des Volkes widerstehen könne: der Grundfatz der Volkssouveränität sei zur vollen Geltung gekommen. Den Freiheitstämpfern des März verdanke das Land, daß ihm die Rechte, um welche es lange vergeblich gebeten, endlich zu Theil geworden, und so sei der beantragte Ausspruch uns eine Pflicht der Dankbarkeit. „Ich war Zeuge“, so schloß der Redner, „als Heinrich v. Gagern, der Vorsitzende der Deutschen Reichsversammlung, aussprach, daß deren Beruf und Vollmacht auf der Volkssouveränität ruhe, war Zeuge des unermesslichen Jubels, welchen diese Worte fanden, es war dies die Freude über die treffende Wahrheit. Diese Macht der Wahrheit gebietet aber auch uns, den beantragten Ausspruch zu thun. Lassen Sie uns daher den Antrag meines verehrten Freundes ohne Debatte, wenn Sie wollen, durch Aclamation annehmen.“
(Schluß folgt.)

Frankfurt, den 8. Juni. Die Parteien haben sich in der Nationalversammlung nach und nach gesondert. Die Männer der äußersten Linken wissen bereits längst, was sie wollen: es ist die Republik und sofortige Besetzung von der Centralgewalt Seitens des Parlaments um jeden Preis; diese Partei hat in ihrer Mitte gute Köpfe und tüchtige Redner: sie kann und wird noch viele Unruhe und Lärm erregen, aber der Zahl nach ist sie in der entschiedensten Minorität.

Das rechte und das linke Centrum bildet die eigentliche parlamentarische Macht; sie ruht auf dem constitutionellen Prinzip, und ihre Sonderung ist zur Zeit noch etwas vage. Es haben bereits mehrfache Versammlungen zur Feststellung der gegenseitigen Programme stattgefunden. Die äußerste Rechte ist nur durch wenige Mitglieder vertreten, und im Parlament völlig einflusslos, auch in sich selbst gar nicht organisiert. Der nächste Hauptkampf der bevorsteht, ist die in der Abtheilung bereits zum Schluß gekommene Einsetzung einer provisorischen Centralgewalt. Daß eine solche überhaupt eingesetzt werden soll und wird, unterliegt keinem Zweifel mehr. Es handelt sich nur um das Wie. Gott gebe, daß eine glückliche Lösung gefunden wird, und zwar so, daß die Centralgewalt auch wirklich zur Ausübung der exekutiven Gewalt gelangt. Gelingt dies, so ist Deutschland gerettet, und das Verfassungswerk wird dann unbedingt zu Stande gebracht werden. Für Preußen thut jetzt vor Allem Noth, daß seine Regierung sich consolidire. Nur durch Preußens kraftvolle Leitung kann Deutschland zur Einigung gelangen, und wehe ganz Deutschland, wenn der Regierung Kraft und Stütze fehlt. Es ist Thatsache, daß vielfältig in Frankfurt Mißtrauen gegen Preußen vorhanden, und auch von vielen Seiten geweckt wird, aber auch die entschiedenste Achtung und Anerkennung fehlte nicht.

Altona, den 8. Juni. Einer der ziemlich zahlreichen Leichtverwundeten, die gestern Abend hier anlangten, theilte uns folgende Details über das am Montage im Sundewittschen vorgefallene blutige Gefecht mit. Zuerst standen die Hannoveraner der feindlichen Uebermacht gegenüber, die fast 4 Meilen tief in das Festland der Halbinsel Sundewitt vorgebrungen war. Das Geschütz, welches die Hannoveraner bei sich führten, war wiederum sehr leichten Kalibers. Unter den zu ihrer Hülfe herbeigeeilten Preußen bewies sich ein Füsilierbataillon und ein Dragonerregiment besonders tapfer. Das Letztere nahm dem Feinde 8 Kanonen ab (?), von denen aber 4 unbrauchbar waren. Mehrere Stunden lang mußten die Deutschen Truppen platt auf dem Boden liegen und die Kartätschen von den Schiffen über sich hin zischen lassen; erst als sich der Tag neigte, rückten sie gegen die Schanzen vor, zerstörten einen Brückenkopf und zwangen die Dänen zum Rückzuge. Die Stärke der Dänen wird wohl etwas übertrieben auf 16,000 Mann angegeben; von Deutscher Seite waren Hannoveraner, Preußen, einige Schleswig-Holsteiner und eine kleine Anzahl Freischärler im Gefecht. Daß viele Dänen gefangen genommen worden seien, scheint sich nicht zu bestätigen; doch sollen Norwegische Freischärler in die Gewalt der Deutschen gerathen sein. — Die Fortschleppung des Bürgergardenchefs in Hadersleben, Herrn Petersen (Juveliers und Eisengießereibesizers), bestätigt sich; eben so die einer seiner Verwandten, des Fräulein Stuhr, die vor Kurzem unter den Haderslebener Damen eine Sammlung für die Deutsche Flotte veranstaltet hatte. In Hadersleben muß jetzt vollständige Anarchie herrschen, da kein irgend angesehener Familienvater dort zurückgeblieben. Ein schon früher von dort weggeführter Beamter, der greise Krogh, soll sich jetzt auf Lerchenborg einer etwas besseren Behandlung zu erfreuen haben. — Gestern sind wieder mehrere Munitionswagen von Oldenburg angekommen. — Eine große Anzahl von den am 5. leicht Verwundeten ist bereits hier eingetroffen.

— Nach den Berichten des „Rendsb. Tagbl.“ aus Flensburg vom 6. sind die im Kampf befindlichen Deutschen Truppen lange nicht so zahlreich gewesen als die Dänischen, indem die Unrigen nicht immer das gewonnene Terrain haben behaupten können, auch soll namentlich nicht Artillerie genug da gewesen sein. So haben die Preußen noch nach 10 Uhr Abends den Brückenkopf am Alsenen Sund eingenommen, ihn aber hauptsächlich wohl der Schiffe wegen — wieder aufgegeben, und sich bis Alderup zurückgezogen. Die Dänen haben an Stellen gewaltig gelitten; auch die Deutschen, namentlich das 20. und 31. Regiment der Preußen, und von den Bundesstruppen die Hannoveraner haben nicht wenig eingeblüht. — Unter den Dänischen Gefangenen, die dann und wann kommen, sind einige Schwedische Freiwillige. — Wenn auch der ganze gestrige Kampf als entschieden günstig für uns muß bezeichnet werden, indem der Feind mit bedeutendem Verlust circa 2 Meilen zurückgeschlagen ist, so ist er nichts weniger als geschlagen. Nur wegen einbrechender Nacht hat man die Waffen ruhen lassen müssen, und erst heute, wo, wie man glaubt, die eigentliche Hauptschlacht geliefert wird, ist eine entscheidende Wendung zu erwarten.

Flensburg, den 6. Juni. Ein Bataillon vom Alexanderregiment brach früh am Sontagnorgen von Klipley auf und bereitete den Apenradern schon um 6 Uhr die angenehmste Ueberraschung durch dessen plötzlichen Einmarsch in die Stadt. Die wenigen Dänen, welche daselbst waren, verschwanden im Nu und warfen sich auf ihre Schiffe. Allein die Freude wurde durch einige Bomben getrübt, welche von den Schiffen aus in die Stadt geworfen wurden, und die Preußen, welche nur hatten zeigen wollen, daß sie in der Nähe wären, zogen nach eingenommenem Frühstück wieder von dannen. — Der Kommandeur Steen Bille versehte nicht, darüber seinen Unwillen zu erkennen zu geben, daß man die Preußen besser als seine Dänen empfangen, und vor Allem, daß man ihnen gar Wein in vollen Eimern vorgefetzt habe. Er verließ mit seinem Dampfboot gestern die Rhede, wo indessen noch fünf Kanonenböte zurückgeblieben sind. Obgleich keine Dänischen Truppen in der Stadt befindlich sind, hat man doch für nöthig gefunden, die Brücke am Sübertor und an der Schloßmühle abzubreaken, um das Einbringen von der Flensburger und Londer'schen Landstraße zu verhindern, wozu ebenfalls eine in der Nähe des Schlosses errichtete Barrikade dienen soll. — Auf die heutige Anzeige des hiesigen Kommandanten, daß Apenrade von 5 Schwabronen Bundesstruppen besetzt sei, begaben sich diesen Mittag viele Apenrader auf

den Rückzug in die vor acht Tagen verlassene Heimath, mußten aber halbwegs wieder umkehren, da die gedachten Truppen, vermuthlich wegen der gestern im Sundewittschen vorgefallenen blutigen Treffen, Contreordre erhalten hatten, und also nicht nach Apenrade vorgerückt waren.

Prag, den 7. Juni. In der ersten Sitzung des Slaven-Congresses wurde beschlossen, daß die separate Sitzungen und Beratungen pflegen sollten, worauf in einer Plenarsitzung, welche schon in diesen Tagen erfolgen dürfte, die gefaßten Beschlüsse zur Debattirung und Anerkennung vorgelegt werden müssen. — In der Sitzung der Czechoslavischen Section kam zuerst die Debatte darauf, daß man den nun zu vereinigenden Königreichen Kroatien, Slavonien und Dalmatien nicht mehr den Namen Illyrier geben solle, da vom geographischen und historischen Standpunkte betrachtet, diese Länder unter diesen nicht begriffen wurden. Der Antrag ging ohne lange Debatte durch. Ebenso wurde auch angenommen, daß man den Slaw. Trikolor — roth-weiß-blau überall bei öffentlichen Aufzügen und Feierlichkeiten tragen solle; die Einwendung des Dr. Dworacek, als wenn das Tragen des Slawischen Trikolors die Deutschen allda unangenehm berühren würde, wurde dadurch definitiv geschlagen, daß dies die Farben der in Oesterreich lebenden Slaven sind, während die Deutschböhmen, Deutschgestinnten, eine fremde Farbe, die Farbe Deutschlands angenommen haben. Professor Helcelet übergab darauf mehrere Schriften, die Angelegenheiten des Slavencongresses betreffend darunter auch eine Zuschrift eines unlängst in Olmütz gegründeten Slawischen Vereines, „Lipa slowanska“, der sich dahin ausdrückt, daß er Alles, was der Slavencongress beschließt, nicht nur billigen, sondern auch, in mährischen Verhältnissen durchzuführen sich bemühen werde. Man kam nun auf die erste Frage des von dem provisorischen Centralcomitee gegebenen Programmes: Ob die Vereinigung der Oesterreichischen Slaven durchzuführen sei, und unter welchen Bedingungen dies geschehen könnte? Einige Redner deuteten darauf hin, man müsse zuerst bestimmen, welche Gestalt und Organisation dieser Bund haben müsse. Man solle eigene Comitees in den verschiedenen Slawischen Ländern mit einem permanenten Centralcomitee in Prag gründen, um gewisse Verbindungspunkte, nach denen man sich richten könnte, zu haben. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß doch, bevor diese Verbindung realisiert werde, einzelne Stämme, wie die Slowaken in Ungarn, ihre nationale und politische Freiheit haben müssen; Hr. Hurban sprach im Interesse seiner Slowakischen Brüder, man müsse diese von der Subordinanz der Magyaren so weit befreien, daß beide Völker, Magyaren und Slowaken, gleiche Rechte, wie es auch gebührt, genießen sollen. Zu dem Behufe sollte also ein Manifest von dem Slavencongreß an das Ungarische Ministerium ergehen, in welchem das Ministerium um Gleichstellung beider Nationen angefragt werden solle. — Sonntag hielten alle Sectionen ihre Beratungen. Als der hauptsächlichste Punkt derselben wurde der anerkannt, man solle nämlich so halb als möglich eine Deputation aus der Mitte der Versammelten an Se. Maj. mit der Bitte schicken, daß Se. Maj. die Wünsche der südlichen Serben, die den Obersten Suplikai zu einem Herzoge der Serben und den Erzbischof von Karlowic Joseph Rajacic zum Patriarchen proklamirten, genehmigen und bestätigen möge, da es jetzt ganz besonders nothwendig sei, daß zur Erhaltung des Friedens in den südlichen Ungarischen Ländern eine durchgängige Reorganisation festgestellt werde. Eben so sollte zu dieser Bitte die der Russinen beigelegt werden, daß die allen Völkern Oesterreichs verliehene Konstitution auch in Galizien in wirklicher That durchgeführt werde, da es bis jetzt nur bei bloßem Worte blieb. (Prag. Ztg.)

Lemberg, den 6. Juni. Am 28. v. M. wurde im Stanislawowbezirk ein Emigrant Namens Podslipski arretirt und an das dasige Bezirksamt abgeliefert. Bei der Untersuchung ergab sich, daß derselbe durch aufrührerische Reden sich bemüht hatte, das hiesige Volk aufzuwiegeln und zum Ungehorsam gegen die Regierung zu bewegen. Da sich ferner herausstellte, daß derselbe nach Rußland gehöre, so wurde er sogleich unter militärischer Eskorte über die Grenze gebracht, woselbst er, ehe man ihn entließ, folgenden Revers niederschreiben mußte: Ich verspreche in Gegenwart zweier Zeugen, nämlich des Gutsbesizers Podlewski und des Kreishauptmanns Wochynski, bei meinem Ehrenworte, daß ich mich in den Oesterreichischen Staaten und besonders in Galizien und Lodonirien inclus. Krakau nie mehr zeigen werde. Im Fall ich dieses mein gegebenes Versprechen nicht halten sollte, so will ich mich freiwillig an Rußland ausliefern lassen. (Folgen die Unterschriften.) —

M u s l a n d.

F r a n k r e i c h.

Paris, den 7. Juni. Die Mitglieder der vollziehenden Kommission versammelten sich gestern vor der Sitzung im Conseil. Das Votum der Minister in der Sache Louis Blanc's soll Gegenstand einer lebhaften Erörterung gewesen sein. Nach der „Presse“ betrachtete man am Schlusse des Conseils den Rücktritt Lamartine's und Ledru Rollin's als gewiß. Ein anderes Journal will wissen, daß alle Mitglieder des Cabinets dem Beispiel Cremieux's folgen und ihre Entlassung nehmen würden. Jules Favre hat bereits, als Unterstaats-Secretair der auswärtigen Angelegenheiten, seine Demission eingereicht, und sie ist angenommen worden. Das erledigte Portefeuille der Justiz soll Herrn Bethmont angeboten worden sein, der es aber, wie es heißt, nur unter der Bedingung annehmen will, daß die Herren Portalis und Landrin in ihre Stellen als General-Prokurator wieder eingesetzt würden. Statt Landrin's ist Herr Desmarets zum Prokurator der Republik am Seine-Tribunal ernannt worden. Die Stelle des (Mit zwei Beilagen.)

General-Procurator ist erst Herrn Senard, der sie ablehnte, und darauf Herrn Martin von Straßburg angeboten worden, der sich zwei Tage Bedenkzeit ausbat. Diese wurde ihm nicht bewilligt und nach dem „Moniteur du Soir“ der Repräsentant Woirhaye, bisher General-Procurator zu Metz, zum Nachfolger des Herrn Portalis ernannt. Die Patrie, welche, gleich der „Presse“, von dem bevorstehenden Rücktritt der Regierungs-Mitglieder Lamartine und Ledru Rossin spricht, fügt hinzu: „Auch Herr Garnier Pages, hieß es gestern, und der Finanz-Minister Duclerc würden sich zurückziehen. Alle diese Gerüchte verursachten einige Aufregung in der National-Versammlung. Es war in derselben auch die Rede von einer Dreimänner-Regierung an Stelle der gegenwärtigen, aus fünf Gliedern bestehenden, vollziehenden Kommission. Man nannte den General Cavaignac als eines der Mitglieder des neuen Triumvirats.“ Bis heute Nachmittag hat indeß kein Regierungs- oder Cabinets-Mitglied, außer Cremieux und Jules Favre, seine Entlassung eingereicht. Die gestrige Abstimmung in der National-Versammlung ist übrigens zu Gunsten des Ministeriums ausgefallen; die Versammlung hat mit 387 gegen 362, also mit einer Majorität von 25 Stimmen, beschlossen, in der Eisenbahn-Expropriations-Frage die ministeriellen Vorschläge vor denen der Kommission in Berathung zu ziehen.

— Ein Plakat des Ober-Maire von Paris zeigt an, daß morgen das Resultat der 11 Neuwahlen im Stadthause publizirt werden wird. Caussebière, Gondchaux, Thiers, Changarnier, Moreau, Louis Bonaparte, Fould, Proudhon und Emil von Girardin haben die meisten Stimmen, wenn die Angaben der Blätter richtig sind. Thiers soll auch noch an anderen Orten gewählt sein.

— Eine telegraphische Depesche befehlt der obersten Militär-Behörde der Festung Metz, 6 neue Batterien Fuß-Artillerie und 2 Batterien reitender Artillerie in Bereitschaft zu setzen.

Großbritannien und Irland.

London, den 6. Juni. In ihren Ergüssen über auswärtige Politik haben die Times sich wohl schon öfters derbe Blößen gegeben, aber wohl noch nie in der Art, als in ihrer Nummer vom 5. Juni, wo sie über das armselige, in derselben Zeitung bereits früher mit ganz besonderm Nachdruck hervorgehobene Geschehnis bei Emden nicht bloß mehrere Auszüge aus Deutschen Journalen und eine Originalkorrespondenz aus Hamburg, sondern auch einen leitenden Artikel bringen, worin diesem ziemlich gemeinen und heimtückischen Handstreich der Dänen eine Bedeutung beigelegt wird, die er nur insofern hat, als er ein trauriges Ergebnis sowohl unserer Halbheit und politischen Ungeschicklichkeit, als des diplomatischen Verraths ist, von dem wir nach allen Seiten hin umspunnen zu sein scheinen. Wir wollen hier nicht alle die wahrhaft ehrenkränkenden Ausdrücke und Beinamen wiederholen, womit die Times uns wegen des Krieges mit Dänemark überschütten; aber die Heuchelei verdient hervorgehoben zu werden, womit diese Zeitung die wahrhafte und aufrichtige Freundin Deutschlands zu sein vorgiebt, die schon seit langer Zeit sich bemüht habe, uns auf die revolutionären Reime aufmerksam zu machen, welche in unserer bemitleidenswerthen Begeisterung für die Sache der Herzogthümer gelegen seien. Aber die Deutschen hätten ihre (der Times) „uneigennütigen“ Rathschläge mit Hohn und Verachtung abgewiesen, und die Folge davon sei, daß sich Deutschland in den wilden Wirbel der Revolution hinabgezogen sehe, während in Dänemark die schönste, Vertrauen erweckende und verbessernde Ordnung fortwährend herrsche. Die Times prophezeien uns, daß dieser „schändliche“ Krieg für uns mit gänzlicher Niederlage enden müsse, denn schon habe sich eine Russische Flottille mit der Schwedischen verbündet, und wenn der ganze Norden gegen uns losbreche, so werde dies mit der Zustimmung Englands geschehen, insofern wir uns nicht eines Besseren besinnen und nicht bloß Schleswig, sondern auch Holstein räumen; Dänemark habe ein Recht, die Räumung Holsteins durch die Bundesstruppen zu fordern, ehe es sich in irgend einen Vertrag mit uns einlasse. Das haben wir von unserer durch Nichts zu entschuldigenden Räumung Jütlands! Wir haben uns schwach gezeigt, und man steigert die Forderungen zu einem Grade, daß wir alles Gefühl für nationale Ehre und Würde baar und ledig sein müßten, wenn wir darauf eingingen! Die Times drohen uns mit einem Bündnis der nordischen Mächte; nun wohl, wenn es auf bloße Drohungen ankommt, so können wir Drohung gegen Drohung setzen, wir könnten ein Bündnis aller kontinentalen West-, Süd- und Centralmächte in Aussicht stellen, wir könnten die Freigebung Polens bewirken, um Rußland in Schwach zu halten, wir könnten uns Frankreich anschließen, das uns mit offenen Armen empfangen würde, wir könnten von uns aus das frühere Schauspiel der Kontinentalperre wirksamer wiederholen. Schwerlich wird uns doch England zu einem solchen monströsen Bündnis drängen wollen, das aber keinesfalls monströser wäre, als das Bündnis zwischen den früheren Todfeinden Schweden und Rußland, Dänemark und England gegen Deutschland. Aber wir sind auch für uns allein stark genug, wir bilden im Mittelpunkt Europa's ein kompaktes Volk von über 40 Millionen, wir sind der Hauptmarkt für England, für seine Waaren und Fabrikate, wir sind, was England recht wohl weiß, sein natürlicher Bundesgenosse, der im Falle eines allgemeinen Krieges seine Schlachten zu Lande schlägt, es gilt jetzt auszubauern, fest zusammenzuhalten und alle augenblicklichen Verluste mit patriotischer Aufopferung zu tragen, weil das, was wir in Zukunft gewinnen können und müssen, tausendfach Dasjenige überwiegt, was wir für den Augenblick etwa verlieren. England kann und wird nicht die Gemüther einer so zahlreichen Nation sich gänzlich entfremden, einer Nation, die für England Opfer gebracht, nicht umgekehrt, einer Nation, von

der bereits ein nicht unbeträchtlicher Theil sich eher zu Frankreich als England hinüberneigt; es wird die Zahl der Leßtern nicht unnütz vermehren wollen, es wird uns in keine Politik hineindrängen wollen, die unserm Herzen widerstrebt, es wird nicht wollen, daß wir an seiner vielgerühmten Erbweisheit verzweifeln. Hätte England zu gleicher Zeit, als die Deutschen das jütische Gebiet nicht nur, sondern selbst Habersleben und Apenrade räumten, einige seiner überflüssigen Kriegsschiffe in die Dänischen Gewässer gesandt, um die Dänen von jedem ferneren Anfall abzuschrecken, mit der bestimmten Drohung, daß es einen Wiederbeginn der Feindseligkeiten Seitens Dänemark nicht dulden werde, so möchten wir glauben, England spiele kein falsches Spiel, eine Annahme, zu der wir uns durch den angeführten Artikel der Times jetzt berechtigt halten müssen. Wir wissen wohl, daß diese Zeitung nicht die einsichtigeren Englische Regierung repräsentirt, aber sie repräsentirt den größten, den stockenglischen Theil des Britischen Volkes, und Palmerston und Russell sind weder als Menschen noch als Minister unsterblich. (Oervinus-Ztg.)

Donaufürstenthümer.

Moldauische Grenze, den 14. Mai. Längs des Pruth vermehren sich die russischen Militärmassen. Bei Rowna, fünf Posten von Jassy, ist eine Konzentration von 40,000 Mann angeordnet. In Skulen, zwei Stunden von hier, stehen gegen 8000 Mann. Wir sehen den Ereignissen entgegen und fürchten, daß auch die Moldau der Schauplatz eines Krieges werde; doch hoffen wir auch, daß es dadurch besser werde, denn wie unsere staatswirthschaftlichen und politischen Angelegenheiten jetzt sind, können sie nicht länger bleiben.

Lublin, den 3. Juni. Das hiesige Kreisblatt bringt uns heut folgendes wichtige Aktensstück: „Heute früh ist mir — gegen Bezahlung von 5 Sgr. 6 Pf. Porto und Abtrag, auf deren Restitution ich Verzicht leiste, — durch die hiesige königliche Post-Expedition nachstehendes Schreiben zugestellt worden, dessen wortgetreuen Inhalt bekannt zu machen, ich für meine Pflicht halte. Das Schreiben lautet: An die Lubliner und Woisniker Bürger. Meine Herren! Sie werden hier mit Bekand gemacht von mir eines unterschriebenen, wenn sie etwas Eine beschwerde einzureichen haben oder was Ueber geseh aus geübt worden ist oder eine andere gesehe verlangen so muß daß im Pflieg aus gemacht werden, und hierher ab geschickt, den es wird hier nichts verborgen, alle beschwerden werden den ganzen versammlung vorgelegt. Sie kennen entweder an mich oder an den Prezidenten attresiren. es würde mir Lieber wen sie es an den Prezidenten Milbe Schreiben dan komt das alles vor und noch Eher als von mir. Wen sie es an den Prezidenten Schreiben. So Schreiben sie die Attresse An den Prezidenten Milbe und die Landesgeordnete, wen sie aber was bei bringen wollten so Schissen sie das kurz zusammen das kein geplaper vor kommt. wie es von dem Lande gekommen ist. Nur kurz und gutt Was den Bürger so wohl wie den Landmann zu gunsten werden kan, aber nur im Pflieg das geht schon in die Arbeit. weiter kan ich ihnen nichts neyes Schreiben den es ist hier nichts neyes vor gekomen. Allein so viel viel ich ihnen kund machen das in Berlin siend 40 Tausend Bürger die den Wafen tragen. Ich kan nich mehr schreiben den wier haben viel zu thun Berlin, den 30. Mai 1848.

Ihre anvertraute Bernhard Haenel

An die Wahlmänner zu Stat Lublin Kreis Statt in Regierung Bezirk
Opeln in Oberschlesizien Cito Cito

Lublin den 1. Juni 1848.

C. Wolff, Justiziarus und Wahl-Mann der Stadt Lublin.“

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

Öffentliche Protestation Deutscher Bürger gegen das „Deutsche National-Comité“ in Posen. Mit dem Siege der Freiheit hat auch jedes Bevormundungssystem aufgehört, sei es einzelner Personen oder ganzer Körperschaften, und es ist Pflicht jedes Ehrenmannes, sich gegen ein solches mit aller Entschiedenheit zu erklären. Wir bringen diese Verpflichtung, gegenüber dem „Deutschen National-Comité zu Posen“ hiemit in Erfüllung. In seiner ursprünglichen Tendenz zur Wahrung des Deutschen Interesses im Groß-Posen entstanden, ist es diesem an sich lobenswerthen Zwecke in der Folgezeit leider nicht in dem Maße treu geblieben, als es die Gerechtigkeit und Billigkeit erheischte, hat vielmehr leßtern so sehr außer Acht gelassen, daß es nur in so weit die Deutsche Sache für geschützt erachtet, als es gegenheilige Bestrebungen zu hemmen und zu unterdrücken sucht, bis es endlich die gegenwärtige diktatorische und tyrannische Gestalt angenommen hat, welche es in den Augen jedes wahren Deutschen zum Gegenstande gerechter Verachtung macht. Öffentliche Blätter haben zur Genüge bekundet, wie von diesem „Deutschen“ Comité alle Fäden der Unterdrückung der Polnischen Bewegung nach der Stadt und Provinz Posen ausgehen, welche allmählig zu einem dichten, über das ganze unglückliche Land ausgespannten Netz geworden sind, in welchem die widerliche Spinne der Reaction ihr ekelhaftes Gewebe angelegt hat und dasselbe immer mehr ausbreitet und befestigt. Es ist notorisch, wie alle einflussreichen Personen und Behörden Posens die willkürlichen Werkzeuge dieses Comité's sind, welches die öffentliche Meinung terrorisirt und dieselbe in schmählichen Banden hält. Es ist notorisch, wie hauptsächlich durch die Machinationen dieses Comité's, insbesondere durch eine in seinem Dienste stehende lügenhafte Journalistik der Polnischen Sache alle Sympathien entzogen worden sind. Es ist bekannt, in welcher Weise es Personen empfangen hat,

die zu dem Zwecke mit ihm in Verbindung treten wollten, um sich ein vorurtheilloses Urtheil über die Posener Verhältnisse zu bilden. Es lag und liegt in dem Interesse dieses sich Deutsch nennenden Comité's, das getäuschte Deutsche Volk in seinem Irrthume zu lassen, um desto besser im Verborgenen seine freihetmörderischen Pläne auszuführen. Ein solches Verfahren aber ist durchaus ungerichtet und gänzlich undeutsch, weil die Deutsche Ehre und Treue brandmarkend und die junge Deutsche Freiheit untergrabend, es ist um so empörender, als dieses „Deutsche“ Comité sich als ein Organ der im Großh. Posen lebenden Deutschen gerirt. Hoch an der Zeit ist es daher, gegen das Treiben des Deutschen National-Comité's in Posen die Stimme zu erheben, um nicht durch feiges Schweigen seine Unternehmungen zu billigen.

Die unterzeichneten Deutschen Bürger glauben demnach im Interesse der Deutschen Freiheit zu handeln, wenn sie sowohl gegen die Existenz als gegen die Handlungen des „Deutschen National-Comité's zu Posen“ hierdurch öffentlich und feierlich protestiren und erklären, daß sie dieses Comité keineswegs als den Vertreter ihrer Gesinnung anerkennen, allen seinen bisherigen Maßregeln gegen die Freiheit des Polnischen Volkes ihre Beistimmung versagen und ihnen alle Geltung absprechen; denn indem dieses „Deutsche“ Comité, welches augenscheinlich nur zum Vortheil eines egoistischen, eigentlich aller Nationalität baaren Beamtenhums agitirt, die Polnische Selbstständigkeit unterdrückt, versündigt es sich an der Freiheit der Völker überhaupt, verübt somit auch ein Attentat gegen die

Freiheit des Deutschen Volkes, seine Ehre und Würde. Wir erachten, daß dieses sogenannte „Deutsche“ Comité außer dem Namen nichts Deutsches an sich hat.

Gegenwärtige Erklärung werden wir auch den Versammlungen in Berlin und Frankfurt a. M. vorlegen und rufen hiermit alle wahrhaften Deutschen unserer Provinz, denen die Deutsche Freiheit mehr ist, als ein leerer Wortschall, auf, sich dieser unserer Erklärung schlerntzigt durch ihre in öffentlichen Blättern niederzulegenden Unterschriften anzuschließen und ihre Willensmeinung ebenfalls den gedachten Versammlungen recht bald kund werden zu lassen. Nur durch ein solches mannhafes gemeinsames Auftreten werden wir uns der Freiheit würdig zeigen, die Deutsche Ehre retten, das Treiben des Posener Comité's unschädlich machen und nicht einen geringen Theil dazu beitragen, daß endlich die heiß ersehnte Ruhe und Ordnung in unsere arme von Bruderblut überströmte Provinz zurückkehre, und mit dieser der Friede für das gesammte Vaterland.

Schneidemühl, im Großh. Posen, den 1. Juni.

Bestrich. W. Neumann. J. Neumann. Arndt. Prager. Feldmann. Schwente. A. Janib. F. Janib. S. Brucker. O. Brucker. M. Bloch. Joh. Bloch. J. Knoffe. Plesswig. M. Priebe. J. Schwobert. Golzin. Fegler. J. Bübler. M. Rabke. S. Schwobert. H. Heyne. J. Heyne. Bentler. Hermann Paul. St. Knoffe. M. Jürsch. Klawitter. Dreyer. Steinberg. Karl Grams. Gottlieb Grams. Marten. J. Krüger. J. Maurer. J. Esch. Gobbé. Doubei. Im Namen von 250 Deutschen Bürgern.

Sommertheater im Odeum.

Heute Donnerstag den 15. Juni: Großes Konzert à la Gung'l. — Hierauf zum Zweitenmal: Die Banditen, oder: Abenteuer einer Ballnacht; Original-Lustspiel in 4 Aufzügen von Roderich Benedix, Verfasser von „Dr. Wespel“, „das bemoste Haupt“ u. (Manuscript.)

Proclama.

In dem Hypothekenbuche des im Inowraclawer Kreise belegenen, freien Allodial-Rittergutes Kozuszkowa wola No. 125. stehen:

Rubrica III. No. 1. aus dem von dem früheren Mitbesitzer Wilhelm Joseph v. Gosk coram Notario et testibus ausgestellten Schuld-Instrumente vom 9ten Juli 1819 für die Christina geberne v. Chohnacka primo voto v. Mchowska und deren Ehegatten, Präfectur-Rath Stephan v. Sokolowski 9000 Rthlr. oder 54.000 Fl. polnisch à 5 pro Cent Zinsen vigore decreti vom 7ten März 1820 eingetragen, wovon 2483 Rthlr. 10 Egr. gelöst, 5166 Rthlr. 20 Egr. nebst Zinsen abgezweigt und die sonach von dem ganzen Capitale der 9000 Rthlr. noch verbliebenen 1350 Rthlr., zufolge der von der verwittweten Präfecturräthin v. Sokolowska vor dem Regenten des Presecer Kreises, Kaufin Lesniewski ausgestellten Cession d. d. Wloclawek den 16/28. Mai 1836 für den Salz-Magazin-Controllieur Andreas Chohnacki zu Wloclawek ex decreto vom 28ten December 1838 subingrossirt worden sind.

Das über die vorkleidend subingrossirten 1350 Rthlr. ausgefertigte Hypotheken-Dokument bestand:

- a) aus dem notariellen Schuld-Instrumente des Wilhelm Joseph von Gosk vom 9ten Juli 1819 über 9000 Rthlr.,
- b) aus dem Hypotheken-Recognitionsschein vom 23ten März 1820 über die Post Rubr. III. No. 1. von 9000 Rthlr. nebst Zinsen und Kosten,
- c) aus dem zwischen der verwittweten Präfectur-Räthin v. Sokolowska und den von Goskschen Eheleuten geschlossenen Vergleiche vom 5ten Mai 1835,
- d) aus der Cession vom 16/28sten Mai 1836 und e) aus dem Hypothekenscheine vom 7ten März 1839,

wovon die drei letzten Dokumente zwar noch vorhanden sind, die beiden erstern ad a) und b) aber mit den darauf befindlichen Ingrossations-Noten verloren gegangen seyn sollen.

Da der jetzige Besitzer von Kozuszkowa wola die erfolgte Tilgung der subingrossirten 1350 Rthlr. durch Quittung nachgewiesen hat, so werden auf den Antrag desselben alle diejenigen, welche an die vorkle-

hend ad a) und b) bezeichneten und verloren gegangenen Dokumente als Eigenthümer, Cessionarien, Pfand- oder sonstige Briefs-Inhaber oder aus irgend einem anderen Grunde Ansprüche zu machen haben, hierdurch aufgefordert, solche in dem auf den 17ten Juli 1848 Vormittags um 11 Uhr

vor dem Deputirten Herrn Ober-Landesgerichtsrath Böttcher in unserm Instruktions-Zimmer anbezeichneten Termine anzumelden, widrigenfalls dieselben mit ihren Ansprüchen an die bezeichneten verloren gegangenen Dokumente werden präkludirt werden, ihnen deshalb ein ewiges Stillschweigen auferlegt und mit Amortisation der Dokumente verfahren werden wird.

Bromberg, den 17. Februar 1848.
Königliches Ober-Landesgericht.
II. Senat.

Auktion.

Donnerstag den 15ten Juni d. J. Vormittags 9 Uhr sollen vor dem Hause No. 87. am Markt 6 Centner 65 Pfund veredelte Mittel-Wolle öffentlich verkauft werden.

Wein-Auktion.

Donnerstag den 15ten Juni sollen im Kollatischen Keller, Markt No. 72., Vormittags von 10 und Nachmittags von 4 Uhr ab 400 Flaschen Rheinwein, worunter der Angabe nach seine Kabinets-Weine befindlich seyn sollen, so wie auch eine kleine Parthie ächter Champagner und Furgunder in Parthieen à 10 Flaschen gegen baare Zahlung versteigert werden.



In meinen Häusern sind von Michaelis ab folgende Lokale zu vermieten:

- „Markt No. 44.: Der ganze erste Stock, in welchem sich dormalen das Möbelmagazin befindet.
- Im zweiten Stock die große Wohnung im Vorderhause, und eine kleine im Hinterhause.“
- „Friedrichstraße No. 17.: Die Parterre-Wohnung nebst Stallung für zwei Pferde und Wagen-Remise.
- Die Wohnung im ersten Stock nebst Stall für vier Pferde und Wagenremise.
- Im zweiten Stock eine Wohnung von drei Stuben, 2 Kammern und übrigem Zubehör.“
- „Friedrichstraße No. 18.: Der erste Stock nebst Stall für 4 Pferde und Wagenremise.
- Im zweiten Stock eine Wohnung von 3 Stuben für einen einzelnen Herrn.“

F. W. Grä g.

Zwei neue Arbeitswagen und eine neue Britsche, sämmtlich auf eisernen Achsen, sind billig zu verkaufen Schrodka No. 118.

Mattner, Schmiedemeister.

Die Verlegung meines Waaren-Lagers nach dem ersten Stock desselben Hauses zeige ich hiermit ergebenst an.

Herz Königsberger,
Markt 91.

Breslauerstraße No. 35. ist das Parterre-Lokal, zum Handlungs-Geschäft geeignet, nebst Wohnungen zu vermieten.
E. Kolanowski.

Gasthofs-Verpachtung.

Mein, in der Stadt Posen in dem frequentesten Theile derselben unter dem Namen „Hôtel de Paris“ belegener Gasthof ist wegen Abzuges des bisherigen Pächters vom 1sten Oktober 1848 anderweit zu verpachten. Dieser Gasthof besteht seit 40 Jahren und hat sich seiner guten Lage und seiner entsprechenden Lokalien wegen immer eines starken Zuspruchs zu erfreuen gehabt.

L. Heiman.

Donnerstag den 15ten Juni c.:

Abschieds-Konzert à la Gung'l,

im Hildebrand'schen Garten, Königsstraße No. 1. Entrée à Person 2½ Egr., à Familie 3 bis 4 Personen 5 Egr. Anfang 6 Uhr.

Bei ungünstiger Witterung findet dieses Konzert am nächstfolgenden Tage Freitag den 16ten Juni c. statt. — Das Musik-Chor des K. 19. Inf. Regts.

B. Buchbinder, Kapellmeister.

Thermometer- und Barometerstand so wie Windrichtung zu Posen, vom 4. bis 15. Juni 1848.

Tag.	Thermometerstand		Barometerstand.	Wind.
	tiefster	höchster		
4. Juni	+ 12,5°	+ 16,9°	27 3/10,59	W mindig.
5. "	+ 10,1°	+ 20,8°	28 - 0,2	WNB heit
6. "	+ 12,9°	+ 23,1°	27 - 11,1	WNB heiter.
7. "	+ 13,1°	+ 19,3°	28 - 1,5	WNB halb b.
8. "	+ 13,2°	+ 18,0°	27 - 9,7	WNB Regen
9. "	+ 12,0°	+ 15,8°	27 - 9,8	WNB Regen
10. "	+ 11,5°	+ 19,1°	28 - 0,6	WNB halb b.

Die einzig und allein bis jetzt als bewährt anerkannten
Klahm's Dr. Gräsesche Brustthee-Bonbons,
das Pfund à 10 Egr.,
sind nur einzig und allein ächt in der Haupt-Niederlage für das Großherzogthum Posen bei
C. Busch in Posen, Friedrichstraße No. 25.
Ernst C. Klahm, Gesundheits-Bonbon-Fabrikant in Berlin.